

11/2025

Eingelangt am: 7.3.2025

Entgegengenommen

von: Gede Sandner

Dringlichkeit zuerkannt: ja nein

Inhalt des Antrages:

angenommen mit Stimmen von: SPÖ, ÖVP

abgelehnt mit Stimmen von:

Enthaltungen:

Antragsnummer:

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 42 Villacher Stadtrecht

Der Gemeinderat der Stadt Villach

möge nachstehende Resolution

diskutieren und beschließen:

Resolution

gerichtet an

an die österreichische Bundesregierung

Klare Haltung in der Migrationspolitik

In den vergangenen Wochen hat Europa eine besorgniserregende Zunahme radikal islamistischen Terrors erlebt, die uns alle tief betroffen machen. Die Anschläge in Villach, Deutschland, Italien und Frankreich haben unser Sicherheitsgefühl erschüttert und lassen viele Menschen mit Angst und Unsicherheit zurück. Gleichzeitig ist Villach eine Stadt des Zusammenhalts. Auch in schwierigen Zeiten, in denen Angst und Unsicherheit durch schreckliche Ereignisse geschürt werden, stehen wir zusammen. Wir lassen uns von nicht unterkriegen, sondern setzen auf unsere Gemeinschaft, unsere Werte und unseren festen Willen, in Frieden und Sicherheit zusammenzuleben.

Die Menschen in Österreich erwarten jedoch eine Politik ohne Hass und Hetze – eine Politik, die Sicherheit und Menschlichkeit in Einklang bringt und die Sorgen der Bevölkerung ernst nimmt. Es braucht nachhaltige Lösungen, die allen Menschen in unserem Land eine sichere und stabile Zukunft ermöglichen. Integration kann nur dann gelingen, wenn Schutzsuchende eine faire Chance bekommen, sich in unsere Gesellschaft einzufügen – gleichzeitig müssen klare Regeln für ein respektvolles Miteinander gelten. Wer in Österreich lebt, soll hier in Sicherheit und Frieden sein können, aber auch unsere Werte und Gesetze respektieren.

Jetzt ist der Zeitpunkt zu handeln, um Herausforderungen frühzeitig zu bewältigen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zurück zu gewinnen. Die Bundesregierung

steht in der Verantwortung, eine Migrations- und Integrationspolitik zu gestalten, die sowohl soziale, sicherheits und auch menschliche Aspekte vereint. Eine Politik mit Augenmaß bedeutet, Hilfe zu leisten, wo sie gebraucht wird, und zugleich sicherzustellen, dass unsere Gesellschaft durch klare Regeln für alle sicher bleibt. Sicherheit darf nicht auf Kosten der Menschlichkeit gehen – und Menschlichkeit nicht auf Kosten der Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf, gezielt zu handeln, um Migration, Integration und innere Sicherheit verantwortungsbewusst weiterzuentwickeln – insbesondere mit Blick auf die drängendsten Herausforderungen.

Die **Festlegung einer verbindlichen Asylobergrenze** ist notwendig, um Migration zu steuern und Überlastung zu verhindern. Einwanderung muss sich an die Möglichkeiten der Länder und Integrationsfähigkeit orientieren.

Das **konsequente Verbot des politischen radikalen Islam** ist unerlässlich. Zur Terrorabwehr braucht es die **temporäre Überwachung von Messenger-Diensten** sowie eine **effektive Firewall gegen Hassprediger und jede Art des Extremismus** in sozialen Netzwerken.

Die **Integration muss grundlegend reformiert werden**, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Der Zugang zu Sozialleistungen soll an nachweisbare Integrationsfortschritte geknüpft sein, um die zukünftige wirtschaftliche Eigenständigkeit der Menschen zu fördern. Bildung, Sprache und Arbeitsmarktintegration müssen verbindliche Voraussetzungen für einen langfristigen Aufenthalt sein.

Migranten, die straffällig werden, müssen sich vor dem Gesetz verantworten und unser Land verlassen. Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. Eine **faire, aber entschlossene Rückführungsstrategie** muss sicherstellen, dass ausreisepflichtige Personen tatsächlich zurückkehren. Dies muss rechtsstaatlich, effizient und ohne unnötige Verzögerungen erfolgen. Gleichzeitig braucht es humanitäre Begleitmaßnahmen, um Rückführungen geordnet und mit Würde umzusetzen. **Unser Land steht für Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit – beides muss konsequent gewahrt und durchgesetzt werden.**

Es braucht mehr Polizisten – nicht nur personell, sondern auch gut ausgebildet, spezialisiert und mit der besten Ausrüstung ausgestattet. Zudem ist die Wiedereröffnung der Polizeiinspektion am Hauptbahnhof in Villach unerlässlich.

Es ist an der Zeit, entschlossen zu handeln und die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Eine Gesellschaft kann nur dann stark sein, wenn sie Schutzbedürftigen eine Perspektive bietet und zugleich die Sicherheit all jener gewährleistet, die hier leben.

A n t r a g

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge beraten und beschließen, die im Antragstext formulierte Resolution an die österreichische Bundesregierung zu richten:

1. Diesem Antrag wird die Dringlichkeit im Sinne des § 42 Villacher Stadtrecht zuerkannt.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich konkrete Schritte zur Durchführung der genannten Maßnahmen einzuleiten und sicherzustellen, dass diese schnell und wirksam in die Praxis umgesetzt werden.

